



MARCEL FRATZSCHER

Tax the rich — Warum große Vermögen stärker besteuert werden sollten

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Ungleichheit der Vermögen steigt weltweit. Und zwar nicht nur zwischen Privatpersonen, sondern auch zwischen Privatpersonen und dem Staat. Immer mehr Staaten machen immer mehr Schulden. Das liegt nicht nur an ineffizienten Staatshaushalten, sondern weil in vielen Ländern die Steuereinnahmen sinken, die Ausgaben aber steigen. Wie könnte eine Balance aussehen – sich der Staat effizient und zugleich auskömmlich finanzieren? Wie sollten Steuern in einer Gesellschaft gestaltet sein, damit sie akzeptiert werden, wirtschaftlich effizient sind und den geringstmöglichen Schaden anrichten?

Der Global Wealth Report 2026 der Boston Consulting Group (BCG) zeigt, wie enorm groß die Ungleichheit der Vermögen weltweit, aber gerade auch in Deutschland ist. Laut BCG stieg das gesamte Nettovermögen in Deutschland 2025 auf rund 23,3 Billionen US-Dollar. Gleichzeitig konzentriert sich ein enormer Teil des Finanzvermögens auf eine winzige Gruppe: Rund 5 000 Menschen verfügen über jeweils mehr als 100 Millionen US-Dollar Finanzvermögen.

Nun kann man einwenden, extreme Vermögensungleichheiten spiegeln schlicht „Leistung“ wider. Warum sollten Menschen, die zum Beispiel maßgeblich an der Entwicklung eines Corona-Impfstoffs beteiligt waren, nicht in kürzester Zeit Milliarden*innen werden? Dennoch stellt sich die Frage, wie genau wir Leistung honorieren wollen. Was ist mit den zehntausenden Menschen in systemrelevanten Berufen, die während der Pandemie das Land am Laufen gehalten und Kranke gepflegt haben, aber schlecht bezahlt wurden? Wir brauchen daher dringend eine ehrliche Diskussion darüber, was Leistung bedeutet und wie wir sie als Gesellschaft honorieren wollen.

Hinzu kommt: Die allermeisten großen Vermögen entstehen nicht durch eigene Arbeit, sondern durch Erbschaften und Schenkungen. Rund die Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent der Begünstigten. Erbschaften sind das leistungsloseste Vermögen, das es gibt. Häufig wird eingewandt, Hochvermögende zahlten bereits einen fairen Anteil an die Gesellschaft zurück. Das stimmt

jedoch nicht: Eine Vermögensteuer gibt es nicht, und die Erbschaft- und Schenkungsteuer lässt sich häufig umgehen. Unser Steuersystem sagt den Menschen implizit: Nicht eure Leistung entscheidet über Wohlstand und Absicherung, sondern die Lotterie der Geburt.

Wissenschaftlich ist gut belegt, dass eine stärkere Besteuerung sehr großer Vermögen ökonomisch begründbar und praktisch gestaltbar ist. So könnte eine Reform der Erbschaftsteuer das Steueraufkommen in Deutschland deutlich erhöhen, ohne die wirtschaftliche Substanz zu gefährden. Auch eine Vermögensteuer könnte erheblich zum Gemeinwohl beitragen. Eine Besteuerung aller Menschen mit mehr als 100 Millionen Euro Vermögen würde Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr generieren, die für Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz, Sicherheit und sozialen Ausgleich eingesetzt werden könnten.

Es gibt ein weiteres wichtiges Argument für eine Vermögensteuer: Es würde die soziale Spaltung der Gesellschaft begrenzen, das ist essenziell für eine funktionierende Demokratie. Denn Geld bedeutet Macht. Eine weiter zunehmende Vermögensungleichheit führt zu einer Aushöhlung der Demokratie. Es sollte um drei zentrale Fragen gehen: Wie wollen wir als Gesellschaft Leistung honorieren? Was ist ein angemessener Beitrag Hochvermögender zum Funktionieren von Staat und Gesellschaft? Und wie lässt sich das Steuersystem so gestalten, dass möglichst viel Wohlstand entsteht?

Die Antwort kann nur sein: Große Vermögen müssen einen deutlich größeren Beitrag leisten. Zumal Hochvermögende selbst am stärksten von einer leistungsfähigen Wirtschaft profitieren. Ohne funktionierende Infrastruktur, gute Bildung, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und soziale Stabilität könnten viele ihren finanziellen Erfolg gar nicht realisieren.

Der Beitrag ist am 21. August 2026 in einer längeren Fassung als Kolumne bei Zeit.de erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 26. August 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Mia Teschner-Hofmann

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787